



## Resolution

DV Tertiär, 11. Januar 2016

### «Stop TiSA»

Eine Handvoll industrialisierte Länder, darunter auch die Schweiz, verhandeln derzeit in Genf hinter verschlossenen Türen ein Abkommen über die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen. Dieses Abkommen, Trade in Services Agreement (TiSA) genannt, soll für möglichst viele private und öffentliche Dienstleistungen (Gesundheit, Transport, Sicherheit, Bildung etc.) den Markt öffnen und deregulieren.

Die folgenden, in TiSA geplanten Instrumente, würden einen massiven Einfluss auf den Dienstleistungssektor haben:

- **Negativlisten:**  
Gemäss TiSA muss jeder Vertragsstaat eine Liste der Dienstleistungen erstellen, die von der Marktöffnung ausgenommen werden sollen. Für alles, was auf der Liste fehlt, müssen die Märkte zwingend geöffnet werden.
- **Future-proofing-Klausel:**  
Gemäss TiSA-Abkommen sind sämtliche künftigen Dienstleistungen, die heute noch nicht erfunden sind, zwingend der Marktöffnung ausgeliefert (z.B. heute noch nicht bekannte Energieträger oder neue persönliche Dienstleistungen).
- **Ratchet-Klausel:**  
Gemäss TiSA-Abkommen darf eine einmal gemachte Marktöffnung nicht mehr zurückgenommen werden. Eine Rücknahme der Deregulierung ist selbst im Falle eines Scheiterns ausgeschlossen (z.B. Kontingentierung der Anzahl Taxis oder Gastgewerbebetriebe).
- **Standstill-Klausel:**  
Gemäss TiSA-Abkommen darf die Regulierungsdichte, wie sie bei Unterzeichnung des Abkommens besteht, zukünftig nicht mehr erhöht werden. (z.B. Verkürzung der Ladenöffnungszeiten im Detailhandel oder höhere Personalschlüssel in der Pflege).

All dies wird zu Verschlechterungen für die Qualität der privaten und öffentlichen Dienstleistungen, als auch für das Personal im Dienstleistungssektor führen, wie es sich beispielsweise in der Marktöffnung und Deregulierung in der Langzeitpflege oder im Taxigewerbe zeigt. Ebenso würde damit eine demokratische Mitsprache der Bevölkerung verunmöglicht.

Die Unia fordert deshalb

- Rückzug der Schweiz aus den TiSA Verhandlungen.

Eine Dienstleistungspolitik des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, welche sowohl zu guter Qualität der Dienstleistungen als auch zu guten Arbeitsbedingungen führt.